

Gemeinsamer Antrag Nr. 16

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,

an die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 14. November 2023

Nahostkonflikt: Jugend durch politische Krisen begleiten und Demokratiebildung ausbauen

Der Nahostkonflikt und der aktuelle Krieg zwischen der Hamas und Israel sind keine rein außenpolitische Fragen. Antisemitismus und Rassismus sind in der Gesellschaft weit verbreitet und sind ein gefährlicher Nährboden in akuten kriegerischen Konflikten. Zugleich haben in einer Migrationsgesellschaft Konflikte im Ausland immer wieder Folgen für das Zusammenleben im Inland, wie beispielsweise die Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren oder der Einmarsch der Türkei im kurdischen Nord-Syrien 2016.

Auch Kinder und Jugendliche sind emotional betroffen. Jeder Krieg ist immer auch ein Informationskrieg, Nachrichten und Fake News sind oft schwer unterscheidbar. Kinder und Jugendliche sind einer doppelten Beeinflussung durch ihren Medienkonsum und ihr soziales Umfeld ausgesetzt: beides beeinflusst, wie sie Partei ergreifen. Sie sind betroffen von Antisemitismus wie auch von antimuslimischen Rassismus. All diese Eindrücke und Emotionen müssen oft allein verarbeitet werden und führen zu Spannungen und Konflikten in Schulen und im öffentlichen Raum. Die fehlende Möglichkeit, starke Emotionen und Eindrücke zu reflektieren und konstruktiv zu bearbeiten, ist besonders gefährlich, weil extremistische Gruppierungen entsprechende Deutungsangebote machen. Die Last dessen tragen derzeit gerade jüdische Schüler:innen, die sich in Schule und öffentlichem Raum bedroht fühlen. All das passiert in einem Kontext multipler Krisen, die insbesondere junge Menschen beeinflussen: psychische Belastungen im Nachklang der Intensivphase der Corona-Pandemie, Zukunftsängste und Perspektivlosigkeit aufgrund von Teuerung, Klimakrise und eben auch die ständige Präsenz von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Es ist daher das Gebot der Stunde, sowohl in der schulischen wie auch außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit kriegerischen, geopolitischen Auseinandersetzungen, wie aktuell dem Nahostkonflikt, Raum zu geben und Kinder und Jugendlichen bei der Auseinandersetzung politisch-bildnerisch zu begleiten. Zentrales Vermittlungsziel muss es sein, allen antisemitischen oder rassistischen Deutungsmustern entgegenzuwirken: Wir sind überzeugt, dass der Weg, um dieses Ziel zu erreichen, die Eröffnung von Diskursräumen ist, in denen Jugendliche über ihre Gefühle und Gedanken sprechen und ihre Erfahrungen und Sorgen austauschen können. Es muss dabei möglich sein, Ängste anzuerkennen und Empathie für Ungerechtigkeitsempfinden zu zeigen. Zugleich ist es wesentlich, Gewalt und Terror klar zu verurteilen und den Wert von universellen Menschenrechten zu vermitteln. Desgleichen ist eine Rationalisierung der Debatte ein wichtiges Anliegen: nicht jede Einschätzung, nicht jede Meinung ist gleichermaßen fundiert, wichtig ist daher auch zu vermitteln, Informationen kritisch auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu hinterfragen (Medienkompetenz) und in einer konstruktiven Diskussion Argumente gegeneinander abzuwägen.

Im Schulalltag fehlt es meist an Raum, Zeit und Expertise auf aktuelle Krisen zu reagieren. Viele Pädagog:innen sind überfordert und fühlen sich mit diesen herausfordernden Themen allein gelassen. Sie werden häufig mit Anfeindungen konfrontiert und sehen ihre Kompetenzen in Frage gestellt. Die Folge:

zahlreiche Lehrer:innen trauen sich nicht, den aktuellen Krieg pädagogisch zu bearbeiten. Auch für sie muss es mehr Unterstützung und Raum für Reflexion, sowie kurzfristige Hilfestellung und Beratung geben.

Es bedarf jetzt eines Maßnahmenpaketes, um kurzfristig Schulen und Lehrpersonal bei der Bewältigung dieser Aufgaben rasch und unbürokratisch zur Seite zu eilen. Darüber hinaus braucht es jedoch auch mittelfristig und stetig mehr Raum, Ressourcen, Unterstützung und Flexibilität für Politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Denn eines ist traurig, aber klar: die Bilder, die uns heute schockieren und emotionalisieren, sind weder die ersten noch die letzten. Wir benötigen daher ein gutes Fundament für die Bekämpfung von Antisemitismus und Rassismus sowie die Demokratiebildung. Ziel politischer Bildung heute muss es sein, den Kontroversen Raum zu geben, Medienkompetenz zu vermitteln, Alternativen aufzuzeigen und die Menschenrechte sowie die Demokratie als gemeinsame Basis zu festigen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

Kurzfristig – Maßnahmenpaket für Politische Bildung zum aktuellen Krieg im Nahen Osten an allen Schultypen:

- Konkrete Unterstützung von Pädagog:innen in der Politischen Bildungsarbeit: Informationspakete, Moderationshilfen und Ruf-Workshops
- Niederschwellig abrufbares Budget für Schulen, um professionelle Unterstützung durch Expert:innen und Workshops an die Schulen holen und Exkursionen kostenlos anbieten zu können
- Verbreitung von Unterrichtsmaterialien zum Umgang mit Antisemitismus und Rassismus
- Kurzfristige Stundenkontingente, um Raum und Zeit für die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Krieg zu schaffen
- Niederschwellige Fortbildungsmöglichkeiten für Pädagog:innen an den Pädagogischen Hochschulen

Mittelfristig – Stärkung und Ausbau der Politischen Bildung und demokratischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen:

- Nachhaltige Verankerung der präventiven Auseinandersetzung mit Antisemitismus und dem Holocaust im österreichischen Schulsystem
- Stärkere Implementierung der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus – auch und gerade im Schulbereich
- Maßnahmenpaket gegen Rassismus und Demokratiefeindlichkeit an österreichischen Schulen
- Unterstützung von Schulen und außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit: Ausbau von Anlaufstellen und niederschweligen Beratungsstellen für Pädagog:innen
- Einführung eines eigenständigen Gegenstands „Politische Bildung“ in der Unterstufe und Oberstufe in allen Schulformen
- Gründung eines Lehramtsstudiums „Politische Bildung“ an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschule
- Verpflichtende Schulungen zum Thema Antisemitismus- und Rassismus-Prävention für alle zukünftigen Lehrpersonen in der Ausbildung

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich